

Univ. Doz. Eduard Nižňanský, Comenius Universität, Bratislava

## DER HOLOCAUST IN DER SLOWAKEI

### Einführung

Das Münchner Diktat brachte der Ersten Tschechoslowakischen Republik nicht nur eine große außenpolitische, sondern auch eine innenpolitische Wende. Infolge der Schwächung der tschechoslowakischen Zentralregierung konnten Hlinkas Slowakische Volkspartei<sup>1</sup> (HSLŠ) und unter ihrem Druck auch die anderen slowakischen politischen Parteien – mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Kommunisten und jüdischen Parteien – die Autonomie der Slowakei<sup>2</sup> am 6.10.1938 in Žilina proklamieren.

Zur Charakterisierung des Abkommens von Žilina schrieb Jörg K.Hoensch: „So wurde Sillein (Žilina – E.N.) – etwas überspitzt ausgedrückt – zu einem innenpolitischen München, bei dem die Politiker der Bourgeoisie zu Quartiermachern des faschistischen Regimes wurden“<sup>3</sup>.

Die zentrale Bedeutung, die der „Lösung der jüdischen Frage“ zukam, wird in dem vom Ausschuss der HSLŠ ganz nach Goebbels Muster angenommenen „Manifest des slowakischen Volkes“ deutlich. Dort wurde u.a. festgehalten: „Wir verbleiben an der Seite der gegen die marxistisch-jüdische Ideologie des Verfalls und der Gewalt kämpfenden Nationen“<sup>4</sup>.

Mit dem Beginn der Autonomie (6. Oktober 1938) änderte sich die Situation der Juden, die die New York Times am 6. November 1938 wie folgt beschreibt: „The Slovaks accuse them [die Juden – E.N.] of having supported Czech centralism and at the same time of being pro-Hungarian and using the Hungarian language, the Hungarians charge them with betraying Hungary“<sup>5</sup>.

---

<sup>1</sup> Hlinkas Slowakische Volkspartei – nationalistische und klerikal-katholische Partei mit autoritärer Prägung in der Slowakei. Der „Führer“ dieser Partei – der katholische Pfarrer Andrej Hlinka (1864-1938) - starb im August 1938.

<sup>2</sup> Die Autonomie der Slowakei (offizielle Bezeichnung: „Das autonome Land Slowakei“) bestand vom 6.10.1938 bis zum 14.3.1939

<sup>3</sup> HOENSCH, J. K.: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik – Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39. Köln/Graz 1965, S.113

<sup>4</sup> Slovenská pravda vom 8.10.1938.

<sup>5</sup> New York Times, 6.11.1938.

In der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik konnten sich die Juden als freie Bürger fühlen. Nun brachte die slowakische Autonomie das Ende des normalen zivilisierten Lebens.

### **Die jüdische Gemeinde in der Slowakei**

Zur Zeit der Volkszählung 1930 lebten auf dem Gebiet der Slowakei 136737 Juden (4,11% der gesamten Bevölkerung)<sup>6</sup>. Von den insgesamt 2658 Gemeinden und Städten bewohnten die Juden 1435. Die größten jüdischen Gemeinden waren Bratislava (bis 15000), Nitra (4358), Prešov (4308), Michalovce (3955), Žilina (2917), Topoľčany (2459), Trnava (2445), Bardejov (2441), Humenné (2172) und Trenčín (1619)<sup>7</sup>. Nach Rothkirchen existierten in der Slowakei 167 israelitische Kultusgemeinden, und zwar 107 Orthodoxe, 29 Neologen und 31 Status-quo-ante<sup>8</sup>. Die größte jüdische politische Partei zur Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik war die zionistisch geprägte „Jüdische Partei“<sup>9</sup>.

Nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch am 2. November 1938 und der Besetzung von Teilen der Südslowakei durch ungarische Truppen verblieben in der Slowakei bis 89000 jüdische Personen<sup>10</sup>.

### **Chronologie des Holocaust in der Slowakei**

In der Ersten Tschechoslowakischen Republik gab es keinen nennenswerten politisch organisierten Antisemitismus. Antijüdische Vorbehalte kamen vor allem aus der Presse von Hlinkas Slowakischer Volkspartei (z.B. „Nástup“). Auf Parlamentsebene hörte man dagegen kaum antisemitische Äußerungen. Deswegen überrascht die Schnelligkeit des realen Antisemitismus in der Slowakei.

<sup>6</sup> K. Hradská, Die Lage der Juden in der Slowakei, in: Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und in der Slowakei, Essen 1999, S. 155 f.

<sup>7</sup> Livia Rothkirchen, The Situation of Jews in Slovakia between 1939 and 1945, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 7, 1998, S.50.

<sup>8</sup> Ebenda, S.65.

<sup>9</sup> Bei den Wahlen des Jahres 1929 trat diese Partei zusammen mit der Polnischen Partei an und konnten mit Ludvík Singer und Július Reisz zwei Abgeordnete ins Parlament entsenden. Sechs Jahre später gingen, diesmal im Wahlbündnis mit der Sozialdemokratischen Partei, Stimmen verloren. Im Parlament war die Jüdische Partei aber erneut mit zwei Mandataren – Angelo Goldstein und Chaim Kugel, dem Direktor des hebräischen Gymnasiums in Mukačevo (Karpathoukraine) – vertreten.

<sup>10</sup> „Nach dem Vorliegen der ersten genauen Zahlen ergab die im I. Wiener Schiedsspruch der Tschocho-Slowakei auferlegten Gebietsabtretung einen Verlust von insgesamt 12009 km<sup>2</sup> und 1041494 Personen, davon in der Slowakei 10423 km<sup>2</sup> mit einer Gesamtbevölkerung von 859885 Einwohnern, 276287 Slowaken, 505808 Ungarn, 26181 Juden, 8967 Deutschen und 1829 Ruthenen“, in: Jörg K. Hoensch, Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei, Tübingen 1967, S. 189.

Die antisemitische Linie von Hlinkas Slowakischer Volkspartei hatte ihre Wurzeln im autochthonen katholischen Antisemitismus der Vorkriegsjahre mit den wirtschaftssozialen, nationalen, politischen und selbstverständlich auch religiösen Ebenen.

Die ideologische Basis für die Durchführung antijüdischer Maßnahmen bildete die These, dass die Juden Erzfeinde des slowakischen Staates und Volkes seien<sup>11</sup>

### **Die Etappen des Holocaust in der Slowakei**

1. **6. Oktober 1938 – 14. März 1939 – Vorbereitungsetappe.** In der Zeit der Autonomie formierten sich zwei Konzeptionen zur „Lösung der jüdischen Frage“, die konservativ-gemäßigte (Josef Tiso<sup>12</sup>) und die radikal-faschistische (Vojtech Tuka<sup>13</sup> - später Ministerpräsident, Alexander Mach<sup>14</sup> – Leiter der Hlinka-Garde). Die konservative Linie sah vor, den Anteil jüdischer Bürger im Wirtschaftsleben des Staates auf 4% zu reduzieren (was ungefähr ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach). Die Radikalen wollten die jüdische Frage sehr schnell nach dem Muster Nazi-Deutschlands lösen. Die autonome Regierung bildete am 21.1.1939 das sog. Sidorkomitee, das die „jüdischen Gesetze“ in der Form der Regierungsverordnungen, die Definition des Begriffes „Juden“ ausarbeiten sollte. Schon zur Zeit der Autonomie ist zu einer ersten Deportationswelle gekommen. Die Judendeportationen vom November 1938 waren eine unmittelbare Reaktion der slowakischen Regierung auf den Ersten Wiener Schiedsspruch. Wenige Wochen, nachdem die Autonomie erreicht war und die HSLS die Regierung stellte, musste sie eine außenpolitische Niederlage hinnehmen, die alles bisher Erreichte in Frage stellte. Tiso und seine Mitstreiter brauchten und suchten einen „Sündenbock“ für die in Wien erlittene Niederlage und machten kurzerhand die Juden für die Gebietsverluste verantwortlich. Das Gefühl der politischen Führungsschicht, wieder Opfer von Fremdbestimmung zu sein, führte zu einem verstärkten Fremdenhass, der eine radikale Lösung begünstigte. Die autonome Regierung ließ im November 1938 etwa 7500 Juden aus der Slowakei auf das nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch an Ungarn abzutretende Gebiet deportieren.<sup>15</sup>

<sup>11</sup> Ivan Kamenec, *Po stopách tragédie* (Auf den Spuren der Tragödie). Bratislava 1991.

<sup>12</sup> Josef Tiso (1887-1947) – katholischer Priester, Ministerpräsident (1938-39), Präsident des slowakischen Staates (1939-1945), Vorsitzende der Hlinka's Slowakischen Volkspartei. Im Jahre 1947 hingerichtet.

<sup>13</sup> Vojtech Tuka (1880-1946) – Ministerspräsident des slowakischen Staates (1939-1944). Im Jahre 1946 hingerichtet.

<sup>14</sup> Alexander Mach (1902-1980) – seit 1939 Leiter der Hlinka-Garde (paramilitärische Organisation der Hlinkas Slowakischen Volkspartei), Innenminister des slowakischen Staates (1940-1945).

<sup>15</sup> Eduard Nižňanský, Die Deportationen der Juden in der Zeit der autonomen Slowakei im November 1938, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 7, 1998, S. 20-45.

2. **14. 3. 1939 – August 1940.** Im April 1939 wurde die erste, auf konfessionellen Prinzipien basierende Definition des Begriffes „Jude“ verabschiedet<sup>16</sup>. Gleich darauf traten die ersten antijüdischen Regierungsverordnungen und Gesetze in Kraft, auf deren Grundlage Juden aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben ausgesondert und ihnen politische sowie bürgerliche Rechte sukzessive aberkannt wurden (z. B. Berufsverbot bzw. numerus clausus für jüdische Ärzte, Apotheker, Journalisten, Juristen etc.). Auch die Arisierung fand nach dem Gesetz 113/1940 statt. In dieser Etappe dominierte die konservative Linie.

3. **September 1940 – Oktober 1942.** Im September 1940 ist in die Slowakei ein deutscher Berater für die sogenannte jüdische Frage - Dieter Wisliceny - gekommen. Er wollte einen einfachen Plan verfolgen: durch Enteignung der 89000 jüdischen Bürger sollte mutwillig ein „Problem“ geschaffen werden, das nur durch „Auswanderung“ der Besitzlosen gelöst werden könnte<sup>17</sup>. Im September 1940 startete das slowakische Parlament der Regierung mit Vollmachten aus, die Judenfrage beschleunigt, d.h. innerhalb eines Jahres einer „Lösung“ zuzuführen<sup>18</sup>. Während des Jahres wurden über 300 Anordnungen und Verlautbarungen erlassen, mittels derer den jüdischen Einwohnern systematisch ihre wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und bürgerlichen Rechte entzogen wurden – mit dem Höhepunkt im September 1941 in der Regierungsverordnung Nr. 198/1941 – dem sog. Juden-Kodex<sup>19</sup>, der die „Lösung“ auf der Grundlage des Rassenprinzips vorsah und eines der grausamsten antijüdischen Gesetze in Europa darstellte. Zur Erreichung der „Lösung“ wurden einige Sonderinstitutionen geschaffen – Wirtschaftliches Zentralamt (Ústredný hospodársky úrad), das die Juden aus dem wirtschaftlichen Leben aussondern sollte (Arisierung und Liquidation der jüdischen Firmen). Im Innenministerium wurde eine jüdische Abteilung eingerichtet (sog. 14. Abteilung). Alle Juden in der Slowakei sollten nach der Verordnung Mitglieder der „Zentrale der Juden“ - einer Zwangskorporation (Ústredňa Židov) - sein. Die Verarmung der Juden in der Slowakei mündete logisch nach der Verabschiedung des Gesetzes 113/1940 (dem sog. Ersten Arisierungsgesetz) und der Verordnung 303/1940 (dem sog. Zweiten Arisierungsgesetz) in die Judendeportation aus der Slowakei. Die Arisierung und Liquidation von jüdischen Unternehmen in den Jahren 1940/41 sowie das Verbot, gewisse Berufe auszuüben, wurden zur Grundlage großer sozialer Veränderungen. Von nun an musste der Staat für die Juden sorgen bzw. Arbeit für sie schaffen. Von den Bemühungen um die Errichtung von Judenghettos und großen Arbeitslagern kam man 1941 schnell ab. Der

<sup>16</sup> Slovenský zákoník (Slowakisches Gesetzbuch) 1939, Regierungsverordnung 63/1939 Sl.z.

<sup>17</sup> Slowakisches Nationalarchiv, Fond Nationalgerichtshof, Dr. A. Vašek, Tnľud 17/46, Aussage D. Wislicenys.

<sup>18</sup> Slovenský zákoník (Slowakisches Gesetzbuch)1940, Ústavný zákon (Verfassungsgesetz) 210/1940.

<sup>19</sup> Slovenský zákoník (Slowakisches Gesetzbuch)1941, 198/1941 Sl.z.

slowakische Staat musste die verarmten Juden loswerden - was die soziale Folge der bisherigen „Lösung“ der Judenfrage in der Slowakei war. Die erste Etappe der Deportationen kommt schon im Jahre 1941. Am 2.12.1941, haben der slowakische Ministerpräsident V.Tuka und der deutsche Gesandte in Pressburg Hanns E. Ludin<sup>20</sup> ein Abkommen unterzeichnet. Darin äußert die slowakische Regierung ihr Einverständnis mit der Abschiebung der sich im Reich (inklusive Protektorat Böhmen und Mähren und „Ostmark“ – ehem. Österreich) befindlichen Juden slowakischer Staatsangehörigkeit. Die Frage der Deportationen aus der Slowakei haben Ministerpräsident Tuka und Innenminister Mach bei der Tagung der slowakischen Regierung am 3.3.1942 aufgeworfen. Anschließend trat Tuka am 6.3.1942 auch im Staatsrat auf. Der Druck seitens der Regierung sowie ihr schnelles Handeln waren dadurch bedingt, dass die Transporte schon bereit waren. Der erste Transport mit deportierten Juden verließ die Stadt Poprad am 25.3.1942, die Slowakei am 26.3.1942.

Ein wichtiges Dokument ist auch der von Mach unterzeichnete Begründungsbericht zum Gesetzentwurf des sog. Deportationsgesetzes. Dem Bericht können wir entnehmen: „Die Slowakische Republik (hat) die Möglichkeit, die Juden loszuwerden. Die Regierung will diese Gelegenheit nicht versäumen und bemüht sich daher, für die Abschiebung der Juden eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.“ Dieser Begründungsbericht ist ein Zeichen des Zeitzynismus der slowakischen Radikalen, der von dem Prinzip ausgeht: falls wir die Chance haben, warum sollten wir es nicht tun? Man muss sich dabei nur an das Gesetz bzw. an die Verfassung halten - z.B. in der Sache des Verlusts der Staatsbürgerschaft.

Der Gesetzentwurf wurde im Parlament im März zwar nicht besprochen, was jedoch die Deportationen nicht aufhalten konnte. Bis zum 15.5.1942, als das Verfassungsgesetz über die Aussiedlung der Juden im Parlament besprochen wurde, verließen die Slowakei bereits 28 Transporte (mit circa 28000 Juden)

Zu dieser Zeit liefen Verhandlungen zwischen der slowakischen und deutschen Regierung hinsichtlich der Bezahlung für die Deportierten (die slowakische Seite verpflichtete sich, für jeden deportierten Juden 500,- RM zu bezahlen) und der Ablieferung ihres Vermögens<sup>21</sup>.

---

<sup>20</sup> Siehe: Akten der deutschen auswärtigen Politik (weiter ADAP), Serie E, Band III, Seite 356 (Dokument Nr. 209). „Die Gesandtschaft Pressburg berichtete zu D III 661 g (4.12.1941 – E.N.) die slowakische Regierung sei mit der Abschiebung in die östlichen Ghettos grundsätzlich einverstanden. Die slowakischen berechtigten Ansprüche auf das Vermögen dieser Juden sollten aber nicht gefährdet werden.“

<sup>21</sup> Slowakische Gesandtschaft

Nr.: 52/dôv. 1942.

Verbalnote.

Die Slowakische Gesandtschaft beehrt sich auftragsgemäß dem Auswärtigen Amt die Auffassung der Slowakischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, dass Juden slowakischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland leben, nur dann in die östlichen Ghettos und Judenlager evakuiert werden sollen, wenn ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen genau festgestellt und verzeichnet wurde. Zur

Nach den Zeugenaussagen der Parlamentsabgeordneten wurde die Entscheidung, den Gesetzentwurf über die Deportationen zu besprechen, als die Idee des kleineren Übels aufgefasst. Das Verfassungsgesetz 68/1942<sup>22</sup> sollte den Abgeordneten helfen, äußerlich ihr Gesicht wahren zu können. Falls die Deportationen nicht mehr einzustellen waren, konnte das Gesetz wenigstens einige Juden vor der Abschiebung retten. Bei der Tagung des Verfassungsausschusses und der darauf folgenden Tagung des Parlaments wurde dem Gesetz ein Paragraph hinzugefügt, der die Ausnahme von der Deportation für konvertierte Juden (die vor dem 14.3.1939 zum christlichen Glauben übergetreten sind) und in einer gültigen Ehe mit einem Nicht-Juden lebten, festgelegt. Ähnlich mussten auch diejenigen Juden nicht abgeschoben werden, die eine Ausnahme vom Staatspräsidenten oder von einem der Ministerien erhalten haben. Die Ausnahme bezog sich dabei auch auf die Ehefrau, die Kinder

---

Vermögensfeststellung und Evakuierung möge immer die Slowakische Gesandtschaft, in der Ostmark das Slowakische Generalkonsulat in Wien, im Protektorat Böhmen und Mähren aber das Slowakische Generalkonsulat in Prag herangezogen werden. Die Slowakische Regierung behält sich vor, durch beiderseitige Verhandlungen diese Fragen näher zu regeln.

Im Sinne dieses Wunsches der Slowakischen Regierung ersucht die Gesandtschaft das Auswärtige Amt freundlich veranlassen zu wollen, dass die laufenden Evakuierungen von slowakischen Juden aufgeschoben werden, bis die obenerwähnten Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Gesandtschaft bittet weiter das Auswärtige Amt um freundliche Ermittlung einer Liste der bisher evakuierten slowakischen Juden mit der Angabe ihres gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens, der Art der Sicherstellung desselben und des Aufenthaltsortes der Evakuierten.

Die Slowakische Gesandtschaft dankt dem Auswärtigen Amt für seine freundliche Mühewaltung bestens im voraus.

Berlin, den 28.März 1942

An das

Auswärtige Amt

in Berlin.

*Slowakischer Nationalarchiv in Bratislava, Fond Auswärtiges Amt, Karton 183, 80.213/42.*

Siehe: ADAP, Serie E, Bd. I, S. 478 (Dokument Nr. 253) ...Anderseits hat die Slowakei Anspruch auf das Vermögen der slowakischen Juden in Deutschland und dem Protektorat Böhmen und Mähren, die mit Zustimmung der Slowakischen Regierung im Zuge der deutschen Evakuierungsmaßnahmen nach dem Osten abgeschoben werden, geltend gemacht...“

Aktzent: Pol. 4 Nr.1. Nr. 2578

1 Durchdruck

#### Verbalnote

Die Deutsche Gesandtschaft beehrt sich dem Ministerium des Äußern der Slowakischen Republik im Anschluss an ihre Verbalnote vom 29.April 1942 – Aktzent: Pol. 4 Nr. 2 Nr. 2565 mitzuteilen, dass die deutsche Reichsregierung die aus dem Gebiet der Slowakei in das Reichsgebiet abbeförderten und noch zu befördernden Juden grundsätzlich nicht mehr in die Slowakei zurückbefördern wird.

Ferner erklärt die Deutsche Gesandtschaft, dass die deutsche Reichsregierung keinen Anspruch auf das Vermögen der evakuierten Juden bisher slowakischer Staatsangehörigkeit erheben wird. Die zukünftige Regelung bezüglich der Vermögen der in Deutschland befindlichen Juden slowakischer Staatsangehörigkeit und der in die Slowakei emigrierten Juden deutscher bzw. ehemals deutscher Staatsangehörigkeit bleibt hiervon unberührt. Unberührt bleibt ferner die mit der nebenbezeichneten Verbalnote vorgeschlagene Regelung hinsichtlich der Bezahlung von 500,- RM für jeden durch das Reich übernommenen Juden.

Pressburg, den 1.Mai 1942.

An

das Ministerium des Äußern

der Slowakischen Republik

<sup>22</sup> Slovenský zákonník (Slowakisches Gesetzbuch)1942, Ústavný zákon (Verfassungsgesetz) Nr. 68/1942.

und die Eltern des Betroffenen. Nach der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes wurden aber die Deportationen fortgesetzt - bis zum 20.10.1942 verließen noch 29 weitere Transporte das Gebiet der Slowakei. Im Jahr 1942 wurden insgesamt 57 628 Juden aus der Slowakei deportiert. Trotz der Bemühungen um eine Rettung seitens der jüdischen Gemeinde (der sog. Nebenregierung) kann man sagen, dass die Transporte erst eingestellt wurden, als alle verarmten Juden abgeschoben wurden. Die soziale Analyse der restlichen jüdischen Gemeinde zeigt, dass die verbliebenen Juden wirtschaftlich oder beruflich unentbehrlich waren oder in Judenarbeitslagern (in Nováky, Sered', Vyhne) konzentriert waren, wo sie dem Staat Gewinn brachten.

Im Bezug auf das Vermögen der deportierten Juden muss man betonen, dass die slowakische Regierung das territoriale Prinzip akzeptierte und dass das Vermögen der Juden slowakischer Staatsbürgerschaft (die aus dem Reichsgebiet deportiert wurden) dem nazistischen Deutschland verblieb. Das Vermögen der deutschen Juden, die aus dem Gebiet der Slowakei abgeschoben wurden, verblieb der slowakischen Republik. Diese Lösung wurde bei der 5. gemeinsamen Tagung des deutschen und des slowakischen Regierungsausschusses im September 1942 in Pressburg vereinbart<sup>23</sup>.

Im August 1942, kurz bevor die letzten drei Transporte die Slowakei verließen, trat der slowakische Präsident J.Tiso beim Erntedankfest in Holič mit einer Rede zur Judenfrage auf: „Ich möchte noch auf eine Frage eingehen, die jetzt oft diskutiert wird, und zwar auf die

<sup>23</sup> Protokoll über die fünfte gemeinsame Tagung des Deutschen und des Slowakischen Regierungsausschusses in Preßburg vom 10. – 30. September 1942.

(...)

### 31. Judenumsiedlung.

Durch Notenwechsel zwischen der Deutschen Gesandtschaft in Preßburg und dem Slowakischen Ministerium des Äußeren (Verbalnoten der Deutschen Gesandtschaft vom 29. April 1942 – Az.: Pol 4 Nr. 2 Nr. 2565 – und vom 1. Mai 1942 – Az.: Pol. 4 Nr. 2 Nr. 2578 – sowie des Slowakischen Ministerium des Äußeren vom 23. Juni 1942 – Az.: Nr. 61295/42-III/2/ ist vereinbart worden, dass die slowakische Regierung für jeden Juden slowakischer Staatsangehörigkeit, der in das Reichsgebiet übernommen worden ist und noch übernommen wird, der Deutschen Regierung einen Betrag von 500,- RM erstattet. Die Deutsche Regierung hat in dem genannten Notenwechsel darauf verzichtet, weitere Ansprüche auf die in der Slowakei gelegenen Vermögenswerte der in das Reichsgebiet übernommenen Juden zu erheben.

Um die in der Note des Slowakischen Ministeriums des Äußeren vom 23. Juni 1942 in Aussicht genommene Regelung der Zahlungsfrage durchzuführen, wird sich die Deutsche Gesandtschaft in Preßburg mit den zuständigen slowakischen Stellen unverzüglich ins Einvernehmen setzen, um die Anzahl der bereits in das Reichsgebiet übernommenen Juden und die sich hieraus ergebende Höhe des von der Slowakischen Regierung zu zahlenden Betrags festzustellen.

Der Slowakische Finanzminister wird veranlassen, dass der so festgestellte Betrag und die künftig fällig werdenden Beträge, deren Höhe gleichfalls zwischen der Deutschen Gesandtschaft in Preßburg und den zuständigen slowakischen Stellen festzustellen ist, den Reichsführer SS zur Verfügung gestellt werden. (...)

Der Vorsitzende  
des Slowakischen Regierungsaus-  
schusses

Polyák, e.h.

Slowakisches Nationalarchiv, Fond Innenministerium, Karton 262, 12683/42.

Der Vorsitzende  
des Deutschen Regierungsaus-  
schusses

Bergemann, e.h.

Judenfrage. Ob es christlich sei, was da getan wird... Ob es menschlich sei? Ich frage: Ist es christlich, wenn das slowakische Volk seinen ewigen Feind, den Juden, loszuwerden versucht? Ist es christlich? Die Liebe zu sich selbst ist ein Gebot Gottes, und die Liebe zu mir selbst befiehlt mir, all das von mir zu entfernen, was mir schadet und was mein Leben bedroht. (...) Nicht auf den Äckern, sondern in Banken und in hohen Ämtern saßen die Juden, die das Nationaleinkommen für sich selbst gewonnen haben! Es wurde festgestellt, dass die Juden 38% des Nationaleinkommens hatten. Drei Millionen der Slowaken hatten 62% davon und die Juden - 5% der gesamten Bevölkerung - hatten 38% ! Die Kluft zwischen dem Volk und den Juden wurde immer größer. Und es könnte noch schlimmer aussehen, wenn wir uns nicht zeitig zur Wehr gesetzt hätten, nach dem Gebot Gottes haben wir es getan: Slowake, werde den Schädling los!<sup>24</sup>

Die Einstellungen der Radikalen und der Konservativen in Hlinkas Slowakischer Volkspartei haben sich dadurch wesentlich angenähert.

Nur eine kurze deutsche zeitgenössische Bemerkung zur Deportationen. Der deutsche Gesandte in Bratislava Ludin schrieb in seinem Telegramm nach Berlin am 6. April 1942: „Die Slow. Regierung hat sich mit Abtransport aller Juden aus der Slowakei ohne deutschen Druck einverstanden erklärt. Auch der Staatspräsident persönlich hat dem Abtransport zugestimmt, trotz Schrittes Slow. Episkopats. Der Abtransport bezieht sich auf alle Juden die im Slow. Judenkodeks als solche festgelegt sind. Ausserhalb des Judenkodeks stehende Juden, das sind Rassejuden, die vor dem Jahre 1938 getauft wurden und deren Zahl 2000 betragen dürfte, sollen nach Mitteilung des Staatspräsidenten an mich in Lagern in Lande konzentriert werden. Der Abtransport der Juden geht inzwischen laufend ohne besondere Zwischenfälle vor sich. Im übrigen verweise ich auf die bereits in dieser Sache abgegangenen Berichte.“<sup>25</sup>

4. **Vom Ende der Deportationen - August 1944 – sog. Ruhezeit.** In der Slowakei lebten ca 19000 Juden, davon ca 4000 in Arbeitslagern (Nováky<sup>26</sup>, Sereď, Vyhne<sup>27</sup> und im sog. VI. Bataillon). Die anderen Juden haben nur mit verschiedenen Ausnahmen in der Slowakei gelebt (Präsidentenausnahmen, Ausnahmen verschiedener Ministerien).

5. **September 1944 – Ende des Krieges.** Im September 1944, nach der Besetzung der Slowakei durch deutsche Einheiten, begann eine ungeheuer brutale Etappe der Deportationen. Bisherige Ausnahmen wurden außer Kraft gesetzt und die Transporte in die

<sup>24</sup> Slovák, 18. 8. 1942, S. 4.

<sup>25</sup> Yad Vashem Archiv, Jerusalem, Fond „Auswärtiges Amt“, Gesandtschaft Pressburg (Microfilm 2341).

<sup>26</sup> Igor Baka, Židovský tábor v Novákoch 1941-1944 (Jüdisches Lager in Nováky), Bratislava 2001.

<sup>27</sup> Eduard Nižňanský, Die Aktion Nisko, das Lager Sosnowiec (Oberschlesien) und die Anfänge des Judenlagers in Vyhne (Slowakei), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 7, 2002, S. 325-335.

Vernichtungslager, die ca. 13000 Juden betrafen, erneut aufgenommen. Etwa 1000 Opfer wurden in der Slowakei hingerichtet<sup>28</sup>. Dank der Hilfe der Slowaken konnten in dieser zweiten Phase der Deportationen noch an die 10000 Juden gerettet werden. Die neuen slowakischen Organe zur Zeit des Slowakischen Nationalaufstandes setzten entsprechende antijüdische Gesetze außer Kraft.

Dennoch leitete die in den Genozid mündende „Lösung der Judenfrage“ im Zweiten Weltkrieg faktisch den Zerfall der geschlossenen jüdischen Gemeinschaft in der Slowakei ein.

## **Der Holocaust in der slowakischen Historiographie**

### **Allgemeine Arbeiten**

I. Kamenec war mit seinem Interesse für das Thema der Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in der Slowakei lange Zeit ein Einzelgänger in der slowakischen Geschichtsschreibung. Sein Werk „Po stopách tragédie“ („Auf der Spur einer Tragödie“) erschien erst nach der Wende (1991), obwohl die Arbeit bereits zu Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts geschrieben wurde. Diese Studie zeigt nicht nur den Holocaust in der Slowakei, sondern auch die innenpolitischen Kämpfe zweier politischer Lager (der konservativ-katholischen „Moderaten“ und der „Radikalen“) im Prisma der „Lösung“ der sogenannten jüdischen Frage in der Slowakei. Die „Radikalen“ (V.Tuka, A. Mach) waren bemüht - auch in der „Lösung“ der jüdischen Frage - dem nationalsozialistischen Deutschland zu zeigen, dass diese Gruppe den Nationalsozialismus in der Slowakei nachhaltiger durchsetzen kann als Josef Tiso und die „Moderaten“. Einige wenige Studien über den Holocaust konnte I. Kamenec schon vor der Wende 1989 veröffentlichen. In diesen Studien hat er die Anfänge des Holocaust in der Slowakei gezeigt, sowie Zwangsarbeit und jüdische Arbeitslager (Nováky, Sered' und Vyhne) in der Slowakei beschrieben. Kamenec hat dieses Thema für die slowakische Geschichtsschreibung entdeckt.

Eine bemerkenswerte und verdienstvolle Arbeit zu diesem Thema leistete L. Lipscher („Die Juden in dem slowakischen Staat“). Sein Werk entstand in der Emigration in Deutschland. Aus diesem Grund erschien die erste Veröffentlichung auf Deutsch. Durch die Emigration ist eine weitere Forschung zu diesem Thema auf slowakischem Boden unmöglich geworden und wurde eingestellt.

---

<sup>28</sup> Slovenské národné povstanie. Dokumenty (Der Slowakische Nationalaufstand. Dokumente), hrsg. V. V. Prečan, Bratislava 1965, S. 457.

Wie schon erwähnt, hat die Forschung über das Leben der jüdischen Bevölkerung in der Slowakei erst nach der Wende ihre Konjunktur erlebt.

Auch in diesem Thema könnten wir eine Politisierung finden. Nach der Wende von 1989 kehrte eine Gruppe von Historiker-Emigranten nationalistischer Prägung in die Slowakei zurück und hat sogenannte revisionistische Arbeiten geschrieben. Hier können wir eine die Politik des damaligen slowakischen Staates verteidigende Linie wiederfinden. Die Verantwortung für die Deportationen wird in diesem Fall der deutschen Seite zugeschrieben, bzw. den „Radikalen“ – V. Tuka und A. Mach. Nach der Meinung dieser Autoren habe J. Tiso mit „tausenden von Ausnahmen“ vielen slowakischen Juden geholfen. Er habe keine politische Verantwortung für die antisemitischen Maßnahmen in der Slowakei.

Zu den Autoren dieser Prägung gehört z.B. M.S.Đurica. Seine Studie (Der slowakische Anteil an der Tragödie der europäischen Juden, Köln 1987.) beruht nur auf solchen Quellen, die in seine Sichtweise passen. Die Verantwortung für die „Lösung der jüdischen Frage“ schreibt er dem III. Reich zu. Er stellt Tiso und fast alle slowakischen Minister (mit Ausnahme von Tuka und Mach) wie auch den Staatsrat in die Position der Kämpfer gegen das III. Reich. Als Beispiel dieser Auffassung möchte ich aus der genannten Studie zitieren: „Inzwischen (April-Mai 1942 – E.N.) entwickelte sich jedoch leise, oft geschickt verdeckt, aber je weiter, desto zäher der Widerstand von Seiten der slowakischen Regierungsverantwortlichen, der Abgeordneten des slowakischen Parlaments, des Präsidenten der Republik und der Mitglieder des Staatsrates gegen den deutschen Druck und gegen die anfängliche Bereitwilligkeit des Ministerpräsidenten V. Tuka und des Innenministers A. Mach in der Sache der Evakuierung der Juden aus der Slowakei. Der erste Akt dieses Widerstandes war die Verabschiedung des Grundgesetzes Nr. 68 von 15. Mai 1942 (Verfassungsgesetz – E.N.). Mit diesem Grundgesetz schränkte das slowakische Parlament die Wirksamkeit der Regierungsverordnung Nr. 198/1941 des Sl. G. ein, aufgrund derer die Regierung die vorhergegangenen drastischen Maßnahmen in der Sache der Evakuierung der Juden getroffen hatte. Während einerseits dieses Grundgesetz eine zusätzliche rechtliche Grundlage für die Evakuierung der Juden schafft, annulliert es im weiteren Text die Definition des Juden aus rassischer Grundlage, die in die slowakische Rechtsordnung durch die erwähnte Regierungsverordnung eingeführt worden war, indem sie eine allgemeine Ausnahme gemäß § 1 für alle Personen verfügt, die spätestens am 14. März 1939 Angehörige einer christlichen Glaubensgemeinschaft geworden waren wie auch für die Personen, die in einer vor dem 10. September 1941 geschlossenen gültigen Ehe mit einem Nichtjuden (einer Nichtjüdin) leben (§2)...“ (13, p. 12,13).

Diesem Zitat lässt sich Folgendes entnehmen: erstens: M.S. Ďurica benutzt den Begriff „Evakuierung“ und nicht „Deportation“, zweitens: er interpretiert das Verfassungsgesetz Nr. 68/1942 als „Widerstand“. Dazu nur eine Bemerkung: Im Jahre 1942 wurden aus der Slowakei bis zu 58000 Juden deportiert. Im Januar 1943 kann man nur etwa von 19000 Juden sprechen, die noch im Lande blieben.

### **Heutige Situation.**

1. In Bratislava existiert „Das jüdisches Museum“.
2. An der Comenius Universität wurde das Institut für Judaistik gegründet.
3. In der M. Šimečka-Stiftung arbeitet ein nicht-staatliches Dokumentationszentrum des Holocaust. Dieses Zentrum realisiert zur Zeit mehrere Projekte: z. B., wir bereiten die Dokumentationsreihe „Holocaust in der Slowakei“ (I. Band ist schon erschienen, der II. Band ist in der Vorbereitung), und auch eine Datenbank der Holocaustopfer in der Slowakei vor.